

die durch die Arbeiten des Roten Kreuzes in Angriff genommen ist, ihren Gang gehen zu lassen.

An die Erklärungen des Staatssekretärs schloß sich eine Aussprache an. Der Gesetzentwurf über das Generalkonkordat wegen Verbots des Krieges wurde dann vom Auswärtigen Ausschuss angenommen.

„Eine elende Komödie“

Aus der Verteidigungsschrift Ward Herremans über die Echtheit der Utrechter Dokumente

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht gestern abend im Anschluß an die gestern wiedergegebene Unterredung mit dem nach Holland geslohnen flämischen Journalisten Ward Herremans einen ausführlichen Auszug aus der Verteidigungsschrift, welche dieser zur Befreiung der gegen ihn erhobenen belgischen Anklage geschrieben hat. Diese sehr eingehende Veröffentlichung enthält zahlreiche weitere interessante Einzelheiten über den Hergang der Angelegenheit. U. a. wird darin mitgeteilt, daß Frank Heine, mit dem Herremans nach einer zufälligen Bekanntschaft zum Zweck der Beschaffung der in Frage stehenden Dokumente in enge Verbindung getreten war, eine Unzahl militärischer Papiere aus dem Hause des verstorbenen belgischen Generals Mahieu heimlich entwendet habe, als zwei höhere belgische Offiziere gerade mit der Durchsicht dieser Papiere beschäftigt waren, ferner, daß der mit Frank Heine eng befreundete General Mahieu gerade zu einem Zeitpunkt gestorben sei, als er Heine zu publizistischen Zwecken ein wichtiges Schriftstück nur für mehrere Tage zur Verfügung gestellt hatte, daß Frank dann nach dem Tode des Generals behalten habe. Aus dem einen Dokument ergebe sich deutlich, daß die englische Beteiligung an den Plänen des belgischen und des französischen Generalstabes von letzterem noch als unsicher angesehen wurde, da nach Mitteilung eines englischen Unterhändlers die Statifizierung der von den beiden genannten Generalstabes aufgestellten militärischen Abmachungen durch die britische Regierung vorläufig, mindestens aber bis zum Jahre 1930 verschoben werden mußte. Herremans kommt bei seinen obigen Feststellungen zu dem Schluss, daß die in Brüssel abgegebenen Erklärungen Frank Heines nichts gegen die Echtheit der in Frage stehenden Dokumente besagen. Frank Heine sei augenscheinlich durch die Utrechter Veröffentlichung des einen Dokuments plötzlich unerwartet in Bedrängnis geraten, aus der er sich nur durch Abgabe unwahrer Erklärungen habe herausreden können, was für ihn um so leichter sein mußte, als er Beziehungen zu sehr hohen belgischen Persönlichkeiten besitzt. Außerdem habe Frank auch gewußt, daß er von den holländischen Erwerbern der Dokumente nach deren Ablieferung keine weiteren finanziellen Vorteile mehr zu erwarten hätte, so daß es ihm kaum schwer gefallen sein könnte, die Dokumente oder mindestens das veröffentlichte Dokument nachträglich zu desavouieren. Die Freilassung Franks sei die Apotheose dieses Spiels der Deichelei und des Betrugs gewesen. Herremans schließt seine Schrift mit folgenden Worten: „Von dieser ganzen elenden Komödie würde man niemals etwas erfahren haben, wenn man mich rechtzeitig hinter Schloß und Riegel hätte setzen und mir für immer das Schweigen hätte auferlegen können.“

Der Reichsjustizminister über die Landesvertragsparagraphen

In der gestrigen Sitzung des Strafgerichtsausschusses des Reichstages sprach zu dem zur Beratung stehenden Abschnitt über Bandesverrat auch Reichsminister Koch-Weyer. Er betonte die Schwierigkeit, zugleich den Staatsnotwendigkeiten, aber auch einer unruhigen und aus dem Gleise geratenen Zeit und der besonderen außenpolitischen Lage des Reiches gerecht zu werden. Diese Aufgabe scheine ihm in der neuen Vorlage erheblich besser gelöst, als im geltenden Recht, welches der Strafverfolgungsbehörde ein gerade wegen seiner allzu großen und zwischneidigen Schärfe nicht immer verwendbares Schwert in die Hand gebe. Einer weiteren Verstärkung des Tatbestandes des Bandesverrats, wie sie Abgeordneter Böhl wünsche, müsse er widersprechen. In der sogenannten Bez Anspach wolle die neue Vorlage insbesondere auf die Strafbarkeit der Veröffentlichung falscher Nachrichten verzichten, weil man sonst zu unmöglichen Beschränkungen der Pressefreiheit komme. In einer nicht allzu fernen Vergangenheit habe man öfter vor der Wahl gestanden, entweder durch eine Verhandlung eines Bandesvertragsverschaffens wichtige Staatsinteressen zu gefährden oder mit den Vorschriften über die Pflicht zur Strafverfolgung in Konflikt zu geraten. Der jetzige Vorschlag, die Strafverfolgung für einen bestimmten Kreis von Fällen von einem Verlangen der Reichsregierung abhängig zu machen, biete den einzigen Ausweg aus einer solchen unmöglichen Lage. Es müsse die Notwendigkeit bestätigt werden, jemand wegen Bandesverrat zu bestrafen, der sein Land nicht habe verraten wollen. Sodann müsse die Möglichkeit geschaffen werden, Fälle nicht verfolgen zu müssen, deren Verhandlung nur Schaden anrichte. Diesen Forderungen trage die neue Vorlage Rechnung.

Vergleichliches Gutachten für Troxli.

Der Berliner Rechtsvertreter Troxli, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Reichsamtsrat Dr. Kurt Rosenfeld, hat bei der Reichsregierung und zugleich bei der preußischen Staatsregierung ein drückliches Gutachten eingereicht. Darin erklärt Professor Dr. Julius Witton, der im Jahre 1926 gemeinsam mit Professor Kraus den an einer siebenjährigen Erkrankung leidenden Troxli in Berlin behandelt hat, daß eine damals bei dem Patienten vorgenommene Operation ohne den gewünschten Erfolg blieb. Professor Witton bestreitet es als wünschenswert, daß der fronde Troxli heute von denselben Ärzten, die seine Krankheit noch von damals her genau kennen, behandelt werden kann.

Braunschweig will selbständig bleiben

In einer Sitzung des Haushaltsausschusses des braunschweigischen Landtages wurde die Frage der Verwaltungsteilung und der Erhaltung der Selbständigkeit des Freistaates Braunschweig im Anschluß an die bekannten Anträge der Deutschnationalen und der Demokraten behandelt. Der Antrag der Deutschnationalen, sofort in Anschlußverhandlungen mit Preußen einzutreten, wurde, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet, von der Linken abgelehnt. Dem gleichen Schluß verfiel der andere Antrag, Braunschweig solle Reichsland werden. Dagegen wurde vom Ausschuß der Antrag der Deutschen Volkspartei einstimmig angenommen, das Staatsministerium zu beauftragen, die im Fisch seit Jahresrost angebahnten Bestrebungen auf eine Neuregelung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern mit allen Mitteln nachdrücklich zu fördern.

Wiederannahmeverfahren im Fall Frieders.

Wie verlautet, gründet sich der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle Frieders unter anderem auch darauf, daß der Vetter der Mitteldeutschen Presseagentur, der dem Prozeß als Beichterstatuer beteiligt, in dem Dr. Frieders den falschen Eid geleistet haben soll, seine verloren geglaubten stenographischen Notizen wieder gefunden hat. Aus diesen Aufzeichnungen soll hervorgehen, daß Dr. Frieder nicht so ausgesagt hat, wie Anklage und Urteil angenommen haben, sondern im Gegenteil so, wie er und seine Verteidigung die Aussage stets ausgelegt haben.

Sehn-Jahre-Bund der Deutschen in Böhmen.

Aus Nordböhmen wird geschrieben: Der Bund der Deutschen in Böhmen, eine nach dem Zusammenbruch Deutschlands und Österreichs geschaffene Vereinigung aller in den böhmischen Ländern wohnenden Deutschen, bildet auf sein jährlanges Bestehen zurück. Der Bund umfaßt heutige 900 Ortsgruppen mit etwa 140 000 Mitgliedern. Er hat sich die Aufgabe gestellt, den Deutschen nicht nur in wirtschaftlicher, sondern besonders in geistiger und kultureller Beziehung Halt und Schutz zu bieten. Dem deutschen Handwerk und Gewerbe und der deutschen Industrie in den Nostandgebieten steht er helfend und fördernd zur Seite. Die kulturellen Bestrebungen der Jugend sowie jede Bildungsarbeit werden durch den Bund weitgehendst gefördert.

Englische Falschmeldungen über Krupp'sche Kanonenrohr-Überlegungen

In der englischen Presse wird behauptet, Krupp habe nach dem Kriege für die englische Armee Kanonenrohre geliefert. Wie die Firma Krupp mitteilt, ist an dieser Behauptung kein wahres Wort.

Zusammenfahrt zwischen syrischen Schülern und französischen Soldaten.

Nach einer Meldung der Anatolischen Telegraphenagentur aus Kilis ist es in Aleppo zwischen Schülern, die den ehemaligen Vorsitzenden Tschahim Denano besuchten, und französischen Soldaten zu schweren Zusammenstößen gekommen. Es sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Kellogg plant eine Reise nach Europa.

Staatssekretär Kellogg plant eine europäische Reise, die er einige Zeit nach der Amtserübergabe an seinen Nachfolger Henry Stimson antreten will.

Die Reichsbahngewerkschaften bei Dr. Dorpmüller.

Generaldirektor Dr. Dorpmüller empfing gestern die am Tarifvertrag beteiligten Reichsbahngewerkschaften, die den Wunsch ausgesprochen hatten, dem Generaldirektor noch einmal Lohnforderungen persönlich vorzutragen. Die Forderung der Gewerkschaften geht auf Erhöhung des Stundenlohnes allgemein um 8 Pfennige (das bedeutet eine Mehrbelastung für die Reichsbahn von 81 Millionen RM im Jahre). Von Generaldirektor Dr. Dorpmüller wurde darauf hingewiesen, daß es der Reichsbahn bei der bekannten gespannten Finanzlage unmöglich sei, irgendwie verfügbaren laufenden Mittel mithin für Sachausgaben zur Erhaltung der Betriebs sicherheit in Anspruch genommen werden.

Die Lohnverhandlungen in der Kölner Metall- und chemischen Industrie ergebnislos abgebrochen

Die Verhandlungen in der Kölner Metallindustrie und der Kölner chemischen Industrie sind ergebnislos abgebrochen. Die Gewerkschaften wollen über die weiteren Schritte die Arbeiterschaft befragen.

Lohnbewegung der Metallarbeiter im Wupperthal

Das im Wupperthal bestehende Lohnabkommen in der Metallindustrie ist von den Gewerkschaften mit Wirkung vom 31. März gekündigt worden. Es wird eine zehnprozentige Lohnsteigerung gefordert. Die Lohnbewegung wird etwa 75 000 Arbeiter umfassen, da auch in den Bezirken Gladbeck, Remscheid und Velbert die Tarife gekündigt wurden oder noch gesündigt werden sollen.

Coolidge als Wihbold

Präsident Coolidge, der Vorgänger Hoovers, ist als einer der trockensten und wortkargsten Menschen ganz Amerikas bekannt. Nun kommt die sensationelle Nachricht, daß der Präsident vor einigen Wochen die humoristische Worte in sich entdeckt und selber Streiche verübt, die einem Studenten zur Ehre gereichen würden. Und da ein nicht Geringerer als Richard Davis, der Chef des Geheimdienstes im Weißen Hause, hierzu eine lustige Geschichte zu erzählen weiß, so muß man sie als authentisch und zuverlässig betrachten. Anfang Januar geschah es zum ersten Male. Coolidge ging im Weißen Hause in einen Korridor spazieren. Pächtig bemerkte er an der Wand den Knopf einer elektrischen Klingel. Der Knopf erregte seine Aufmerksamkeit und er fragte seinen Begleiter, zu was er zu gebrauchen sei. Dieser gab bereitwillig Antwort. Der Knopf diene als Alarmruf für die Wache des Weißen Hauses. Der Präsident nahm wortlos davon Kenntnis und am andern Tage, als er wieder im Korridor spazieren ging, drückte er auf den Knopf. Dann stellte er sich in einen Mittelgang und erwartete die Wirkung. Und diese stellte sich auch bald ein. Atomlos rannte die aufgeschreckte Wache auf den Korridor in der Meinung, daß etwas Ungehörtes vorgefallen sei. Und als sie dann alles in größter Ordnung sah, ging sie lachend in ihre Wachtstube zurück. Von seinem Versteck aus sah Coolidge sich den Vorgang an und unterhielt sich dabei ausgiebig. Er gefiel ihm dermaßen gut, daß er am nächsten Tage das Spiel wiederholte. Am dritten Tage hatte er die lästige Absicht, dasselbe wieder zu machen. Da wurde aber entdeckt, wer der Misthafter sei. Und die Folge hierauf: Dem Präsidenten konnte man natürlich keine Vorwürfe machen, — man verlegte also einfach die Alarmglocke an einen andern Platz.

Aus Stadt und Land

Aue, 20. Mär. 1929

Wetterbericht

Für das mittlere Norddeutschland.

Zeitweise etwas neblig, sonst trocken und ziemlich heiter; nachts leichter Nebenkrost; Tagstemperaturen wenig verändert. Südöstliche Winde.

Für das übrige Deutschland.

Im Binnenland meist heiter und vielfach leichte Nachfröste. Am Tage mild.

25-jähriges Vo-Stand-Jubiläum

Am 17. März feierte der Kaufmann Alfred Fritzsche sein 25-jähriges Jubiläum als Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenfasse für Aue und Umgebung. Aus diesem Anlaß wurden ihm in der Vorstandssitzung am Dienstag verschiedene Ehrenzeichen zuteil. So wurde ihm unter anerkennenden Worten durch Bürgermeister Biegler als Vertreter der Stadt und des Versicherungsbamts Aue eine künstlerische Anerkennungsurkunde, durch den Kassenvorstand Fritzsche eine Erinnerungsgabe sowie durch den Geschäftsführer Leistner im Auftrage des Landesverbandes sächsischer Krankenkassen in Dresden eine Ehrenurkunde und ein Glückwunschkreis des Verbandes der Ortskrankenfassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg überreicht.

Herr Fritzsche hat sich durch seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit um die Ortskrankenfasse Aue viele Verdienste erworben. Er bekleidet auf dem Gebiete der Sozialversicherung verschiedene Ehrenämter. U. a. ist er Vorstandsmitglied des Landesverbandes sächsischer Krankenkassen in Dresden, 2. Vorsitzender der Bezirksgruppe Böhlau des genannten Landesverbandes sowie Vorsitzender des Verbandes der Ortskrankenfassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Möge es Herrn Fritzsche vergönnt sein, noch lange Jahre für die Sozialversicherung zu wirken!

Der Reichsverband des Deutschen Tischlergewerbes hält seinen diesjährigen 7. Deutschen Tischlertag vom 16. bis 18. August im tausendjährigen Meißen ab. Gleichzeitig findet dort auch der 22. Sächsische Tischlermeisterschaft des Verbandes Sächsischer Tischlerinnungen statt. Das Umzug dieser beiden

Tagungen wird während dieser Zeit eine Reichsausstellung für das deutsche Tischergewerbe veranstaltet.

Technische Hochschule ohne Abitur.

Der Braunschweigische Volksbildungsinstitut hat die Fassung der Braunschweiger Technischen Hochschule durch eine Zulassungsordnung ergänzt, die hervorragend Begabten ermöglicht, auch ohne Reifeprüfung zum Vollstudium an dieser Hochschule zugelassen zu werden. Die Auslösung ist an die Erfüllung folgender Voraussetzungen geknüpft: Der Bewerber muß über eine gute Allgemeinbildung, Urteilsfertigkeit und Denkfähigkeit verfügen, muß sich in seinem Berufe oder in dem Fach, das er zu studieren wünscht, besonders bewährt haben, muß eine deutlich erkenbare Begabung für das geniale Studiengebiet besitzen und mit dessen fachlichen Grundlagen vertraut sein und soll schließlich die nötige Spannkraft zum Studium besitzen und deshalb in der Regel nicht jünger als 25 und nicht älter als 40 Jahre sein. Die abzulegende Aufnahmeprüfung soll in Form eines Kolloquiums vor sich gehen.

Reichstagung der evangelischen Jungmänner.

Nach einer vierjährigen Pause findet Pfingsten 1929 die 13. Reichstagung des Reichsverbandes evangelischer Jungmännerverbände Deutschlands in Stuttgart statt. Zugleich mit dieser Reichstagung wird das 60-jährige Bestehen des Württembergischen Bundes gefeiert. Gegenstand der Beratungen werden Gegenwartsprobleme der jungen Generation sein.

Der sächsische Steinlohlenbergbau im Februar.

Im Monat Februar betrug die Förderung im sächsischen Steinlohlenbergbau 328 200 Tonnen gegen 371 495 Tonnen im Januar. Die Rohgewinnung ist von 19 411 Tonnen im Januar auf 16 415 Tonnen im Februar, und die Bruttetherstellung von 9415 Tonnen auf 8030 Tonnen zurückgegangen. Infolge der durch die ungewöhnliche Kälte in der zweiten Hälfte des Monats Februar hervorgerufenen kälterischen Nachfrage nach Brennstoffen aller Art war die Leistungsfähigkeit der Werke bis zum äußersten angespannt, wobei insbesondere durch Störungen in der Wagenzufuhr und -abholung seitens der Reichsbahn Schwierigkeiten entstanden. Die vorhandenen erheblichen Vorräte waren bis zum Ende des Monats Februar größtenteils schon geradum.

